

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/03/2007

über die öffentliche Sitzung am 19.03.2007,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn : 19:00 Uhr
Ende : 21:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Harald Düwel

Stadtverordnete

Herr Rudolf Beyrich

Frau Doris Brandt

- i. V. f. STV Wilde -

Herr Jens Uwe Ehrlich

Frau Annika Korts

Frau Monja Löwer

Frau Susanne Philipp-Richter

Herr Hinrich Schmick

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Karina Krasnicka

- KiJuB -

Herr Jörn Schade

- nur ö. Teil -

Verwaltung

Frau Ursula Pepper

Herr Horst Kienel

Herr Thomas Reich

Herr Wilhelm Thiele

Herr Sven Wilke

- Protokoll -

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Roland Wilde

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 2/07 vom 19.02.2007
5. Bericht der Bürgermeisterin
- 5.1. Allgemeiner Verwaltungsbericht **2007/031**
- 5.2. Fraktionszuschuss 2006 der WAB
- 5.3. Aussiedler- und Asylbewerberstatistik
- 5.4. Polizeibeirat
- 5.5. Anfrage Herrn Aschmanns über Sonderberichte der Bürgermeisterin
6. Entscheidung über das weitere Vorgehen i. S. Stadtmarketing
7. Steuerung der wirtschaftlichen Betätigung und privatrechtlicher Beteiligungen - Sponsoring der GAG
8. Einrichtung einer Zukunftswerkstatt zum Flächennutzungsplan / Nördliche Entlastungsstraße **2007/021**
9. Fachziele **2007/023**
10. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 26.03.07
11. Verschiedenes
- 11.1. Terminierung von Sitzungen in den Schulferien
- 11.2. Weiteres Vorgehen "Organisationspolitische Gestaltungsoptionen"

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Stadtverordneter Düwel eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2 Einwohnerfragestunde

Herr Kai-Uwe Fleischer möchte wissen, wie lange es noch dauere, bis die Tiefgarage am Rathausplatz saniert werde. Hierzu antwortet Herr Thiele, dass der Eigentümer eine $\frac{1}{4}$ der betreffenden Fläche umfassende Sanierung plane. Diese Arbeiten konnten jedoch aufgrund der Witterungsverhältnisse noch nicht begonnen werden konnten.

Weiter sieht Herr Fleischer keine Rechtsgrundlage für die durch die Stadtverordnetenversammlung für den Junior-Kinder- und Jugendbeirat bereitgestellten Mittel. Hierzu wird ausgeführt, dass diese Mittel nicht dem Beirat, sondern dem Stadtjugendring im Rahmen der allgemeinen Jugendarbeit gewährt worden seien. Die Stadtverordnetenversammlung habe in der Haushaltsberatung die Veranschlagung der Mittel im Einzelplan 4 und nicht, wie von Herrn Fleischer vermutet, im Unterabschnitt für die Beiräte beschlossen.

Herr Schließer erkundigt sich nach dem Standort und dem Lärmschutz im Hinblick auf den geplanten S-Bahn-Haltepunkt im Bereich Gartenholz. Hierzu führt der Vorsitzende aus, dass die Begründung für die ursprüngliche Planung nicht bekannt sei. Die heutige Planung gelte jedoch für eine Erreichbarkeit des Haltepunktes sowohl vom Gartenholz als auch für das Gewerbegebiet. Die Einlassung des Fragestellers werde von der Selbstverwaltung dahingehend aufgenommen, dass die Bedenken der Bevölkerung wahrgenommen würden und es klar sei, dass die Anwohner nicht unangemessen belastet werden dürften.

Frau Schmick erbittet die Hilfestellung der Verwaltung bei der Durchführung der Zukunftswerkstatt „Masterplan“. Hierzu wird angeführt, dass diese durch die Gremien der Selbstverwaltung noch nicht beschlossen sei.

In diesem Zusammenhang verweist ein Einwohner auf einen Stillstand von mehreren Jahren, der durch die Durchführung der Masterplan-Zukunftswerkstatt in der beantragten Form geschehen würde. Ein anderer Anwohner plädiert für eine ergebnisoffene Diskussion für die Nordtangente.

Der Vorsitzende sagt die Einbeziehung der Anregungen in die Behandlung des TOP 8 zu.

3 Festsetzung der Tagesordnung

Mit der erforderlichen Mehrheit werden die nichtöffentliche Behandlung des Berichtes der Bürgermeisterin (teilweise), Vorsteuer zur Reithalle sowie Verschiedenes (teilweise) beschlossen.

Mit diesen Maßgaben wird die Tagesordnung insgesamt verabschiedet.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 2/07 vom 19.02.2007

Gegen die Niederschrift bestehen keine Einwände. Diese wird genehmigt.

5 Bericht der Bürgermeisterin

Im öffentlichen Teil ihres Berichtes geht Bürgermeisterin Pepper auf folgende Punkte ein:

5.1 Allgemeiner Verwaltungsbericht 2007/031

Auf Anfrage bestätigt die Verwaltung, dass die digitale Bestandsaufnahme der städtischen Gebäude (ZGW) in 2007 abgeschlossen werde.

Der Hauptausschuss nimmt den Verwaltungsbericht zur Kenntnis.

5.2 Fraktionszuschuss 2006 der WAB

Das Prüfverfahren über die Verwendung des Fraktionsnachweises der WAB in 2006 ist ohne Beanstandung abgeschlossen worden.

5.3 Aussiedler- und Asylbewerberstatistik

Siehe Anlage.

5.4 Polizeibeirat

Siehe Anlage.

Seitens einiger Hauptausschussmitglieder werden Irritationen über die Berichterstattung in der Presse geäußert, da seitens der Polizei in jüngster Vergangenheit Zahlen veröffentlicht wurden.

Der Hauptausschuss kommt überein, seine Rolle als Polizeibeirat, d.h., Sinn und Funktion, im Rahmen der Sitzung im April zu erörtern.

5.5 Anfrage Herrn Aschmanns über Sonderberichte der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Pepper gibt anliegenden Schriftwechsel zur Kenntnis.

6 Entscheidung über das weitere Vorgehen i. S. Stadtmarketing

Seitens der WAB wird dafür plädiert, die Wohnzufriedenheit der Ahrensburger, die sich nach Ermittlung der CIMA auf 97,6 % beläuft, zu nutzen und an der ausgemachten Schwäche des Parkleitsystems zu arbeiten. Ansonsten sollte das Konzept nicht weiter verfolgt werden.

Seitens der CDU- und der SPD-Fraktion wird sich dafür ausgesprochen, die Umsetzung des Konzeptes weiter zu betreiben. Während seitens der SPD eine Entsperrung der im Haushalt veranschlagten 40.000 € nichts im Wege steht, wird von Frau Philipp-Richter folgender Antrag gestellt:

„Von den für Stadtmarketing im Haushalt 2007 vorgesehenen 40.000 € werden 30.000 € frei gegeben. Mit einem Sperrvermerk werden jedoch hiervon 10.000 € versehen, die durch den Hauptausschuss frei gegeben werden können und möglichst durch Beteiligung Dritter an den Projekten wieder eingenommen werden sollen. Die weitere Koordination des Stadtmarketingprojektes soll durch den Hauptausschuss erfolgen, wenn sich die Steuerungsgruppe nach Rückzug der CIMA auflöst. Die inhaltliche Beratung der vorgeschlagenen Maßnahmen soll ab Mai im Hauptausschuss erfolgen.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen. Das Stimmenverhältnis ist

7	dafür
1	dagegen

7 Steuerung der wirtschaftlichen Betätigung und privatrechtlicher Beteiligungen - Sponsoring der GAG

Der Hauptausschuss kommt überein, dass ihm am Anfang eines Geschäftsjahres eine Planung über beabsichtigte Sponsoringaktionen durch die Geschäftsführung der GAG vorzulegen ist.

Der Hauptausschuss sieht hier seine Zuständigkeit, weil seitens des Aufsichtsrates gegenüber dem Geschäftsführer kein Weisungsrecht besteht, und der Hauptausschuss darüber hinaus in einer kürzeren Sitzungsfrequenz tagt und ggf. Maßgaben entwickeln kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8 Einrichtung einer Zukunftswerkstatt zum Flächennutzungsplan / Nördliche Entlastungsstraße 2007/021

Im Rahmen der ausführlichen Diskussion wird einerseits die Durchführung einer Zukunftswerkstatt für ein abgeschlossenes Gebiet bzw. eine abgeschlossene Maßnahme mit einer überschaubaren Personenzahl befürwortet. Allerdings seien hier die Auswirkungen nach außen zu berücksichtigen. Andererseits sollten Maßnahmen von möglichst vielen getragen werden und auch realisierbar sein. Insofern wird die Eignung einer Zukunftswerkstatt für die Nordtangente in Frage gestellt, weil Konsequenzen für andere Bereiche daraus nicht erkennbar würden.

Als ein Argument für die Zukunftswerkstatt wird die Bürgerverdrossenheit genannt, da die Bürger oftmals das Gefühl hätten, nicht beteiligt, sondern vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.

Es besteht Einvernehmen im Hauptausschuss, dass eine bessere Bürgerbeteiligung – insbesondere in Form des Instruments Zukunftswerkstatt – gewollt sei. Fraglich sei dabei jedoch die Zusammensetzung. Wer soll nach welchen Kriterien auswählen? Stattdessen wird für eine offene Werkstatt plädiert, bei der es darum ginge, keine bindende einheitliche Maßgabe für die Entscheidung der Gremien zu liefern, sondern Argumente für die Entscheidungsfindung. Es ginge dabei um eine verstärkte Beteiligung der Bürger, aber nicht um die Einführung basisdemokratischer Elemente. Die Entscheidung müsse bei den Gremien verbleiben.

In diesem Zusammenhang fordert ein Hauptausschussmitglied zu einer Beteiligung an Zukunftswerkstätten auf, sofern ein Interesse am Gemeinwesen und nicht an der Wahrung der eigenen Interessen bestünde. Diskutiert wird im Hauptausschuss, ob die Verzögerung, die durch die Aufstellung des F-Planes unter Beteiligung einer „Masterplan-Zukunftswerkstatt“ entstehe, in Kauf genommen werden solle bzw. könne und ob die Nordtangente grundsätzlich für eine (eigene) Zukunftswerkstatt geeignet sei. Hier wird u. a. auf die Beschlusslage und die damit verbundenen Nichtoffenheit auf Grund der Planungsvarianten der Diskussion eingegangen.

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Mai eine neue Vorlage zu erstellen. Darin sollen Beteiligungsverfahren in Form von Zukunftswerkstätten umfassend dargestellt und folgende Fragen beantwortet werden:

- Ist das Straßenbauprojekt Nordtangente für eine Zukunftswerkstatt geeignet? Wie könnte sie ggf. in das laufende Verfahren integriert werden?
- Wie sind Zukunftswerkstätten zur Erarbeitung eines Masterplans für die Stadtentwicklung als Entscheidungshilfe für die Aufstellung eines

Flächennutzungsplanes zu organisieren (Themen, Teilnehmer, Zeitplanung usw.)? Dabei ist als Regelfall von einem offenen Teilnahmeangebot an alle Ahrensburger Bürgerinnen und Bürger auszugehen.

Insoweit ist dieser Punkt für die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 26. März 2007 zu streichen.

Die in der Anlage der Vorlage formulierten Ziele werden positiv zur Kenntnis genommen.

10 Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 26.03.07

Der TOP 7 (Zukunftswerkstatt) soll auf Empfehlung des Hauptausschusses von der Tagesordnung genommen werden. Der TOP 9 (Verwaltungsgebührensatzung) wird von der Verwaltung zurückgezogen und soll im Mai auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Es wird darum gebeten, zu klären, ob zum Tagesordnungspunkt 10 nicht zuvor der dazugehörige B-Plan und F-Plan behandelt werden müssen.

Anmerkung der Verwaltung:

Bei einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist der Durchführungsvertrag Voraussetzung für den Satzungsbeschluss. Im vorliegenden Fall wird der Stand nach § 33 BauGB erst durch den Durchführungsvertrag – vorbehaltlich darin geregelter aufschiebender Bedingungen – erreicht.

Die Anfrage der Grünen bleibt in vollem Umfang auf der Tagesordnung.

11 Verschiedenes

Unter Verschiedenes wird im öffentlichen Teil auf folgende Punkte eingegangen:

11.1 Terminierung von Sitzungen in den Schulferien

Frau Löwer erkundigt sich nach einer Terminierung der Sitzungen der Gremien in den Schulferien. Sie möchte Auskunft über eine mögliche Beschlussfassung des Ältestenrates haben.

Anmerkung der Verwaltung:

Gegenstand der ursprünglichen Beschlussfassung war es, dass ausschließlich die Sommerferien als sitzungsfreie Zeit angesehen werden sollten. In der

Vergangenheit war es so, dass lediglich der Bau- und Planungsausschuss von dieser Regelung abgewichen ist.

In der jüngeren Vergangenheit sind – sofern es möglich war – in der Terminplanung der Ferien auch die Winter-, Oster- und Herbstferien berücksichtigt worden.

Maßgeblich für die Terminierung der Sitzungen sei jedoch nach § 46 Gemeindeordnung grundsätzlich der Ausschussvorsitzende.

11.2 Weiteres Vorgehen "Organisationspolitische Gestaltungsoptionen"

Der Vorsitzende berichtet über die KGST-Regionaltagung am 8. März 2007, die in Ahrensburg stattgefunden hat.

Er bittet die Verwaltung, die entsprechenden Sitzungsunterlagen zu beschaffen, auf deren Grundlage darüber beraten werden soll, sich weiterhin durch die KGST, Dr. Reichwein, im Hinblick auf organisationspolitische Gestaltungsoptionen beraten zu lassen. Diese Angelegenheit ist zur gegebenen Zeit wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

gez. Harald Düwel
Vorsitz

gez. Sven Wilke
Protokoll